

Die Westschweiz machts vor

Kinderbetreuung Die Kita soll für Eltern weniger kosten – finden die meisten Parteien. Umstritten ist dabei die Rolle der Arbeitgeber. In der Romandie bezahlen sie schon längst dafür. Zu Besuch in einer Kita, die von Firmen mitfinanziert wird.

Cyrrill Pinto und Larissa Rhyn

Die Krippe «La Source», die Quelle, liegt hoch über dem Genfersee. Auf dem Spielplatz vor dem Haus läuft die vierjährige Adele zur Rutschbahn und testet, ob sie nach dem Regen am Morgen schon wieder trocken ist. Sophia, Lia und Orija folgen ihr. Die Eltern der meisten Kinder, die hier betreut werden, arbeiten im Gebäude nebenan, beim Life-Science-Konzern Merck, der einen Teil der Kitakosten direkt finanziert.

Merck will damit Fachkräfte gewinnen – und sie auch halten, wie Sandra Gurtner-Oesch erklärt. Sie ist die Co-Geschäftsleiterin von Pro Family Work (Profawo), welche die Kita betreibt. Die meisten Plätze werden an Kinder von Merck-Mitarbeitenden vergeben – aber nicht alle.

Das Kitafinanzierungssystem in der Waadt funktioniert gut, findet Gurtner Oesch. Aber es ist ein bürokratischer Albtraum: Die Eltern bezahlen einen Teil, einen weiteren trägt der Kanton, und die Arbeitgeber beteiligen sich via Lohnprozente – mindestens 0,16 Prozent sind es dort. Dafür gibt es eine eigene Stiftung und 34 Gemeindeverbände. Typisch föderalistisch, typisch schweizerisch. Dass allerdings die Arbeitgeber für die Kinderbetreuung ihrer Angestellten bezahlen, ist in der Schweiz eine Besonderheit.

Anschubfinanzierung wurde erneut verlängert

Bislang kennen nur fünf Kantone ein solches Modell. Neben der Waadt sind das Neuenburg, Genf, Freiburg und das Tessin. Darunter ist kein einziger Deutschschweizer Kanton, ein Röstigraben tut sich bei der Kitafinanzierung auf. Doch nun könnte er bald überwunden werden.

Seit rund zwei Jahrzehnten verlängert das Parlament alle paar Jahre die sogenannte Anschubfinanzierung des Bundes für Kitas. Gerade läuft wieder eine Debatte, bis 2026 soll der Bund weiter bezahlen. Die Ständerätinnen und Ständeräte haben gestern Ja gesagt, einige von ihnen zähneknirschend. Die Verlängerung ist diesmal ein Notfallplan. Eigentlich wollte das Parlament die «Anschub»-Lösung beenden und endlich eine langfristige Regelung finden. Aber der Prozess hat sich verzögert. Grund ist ein Streit darüber, wer für die Kitas zahlen soll.

In der Schweiz bezahlen Eltern so viel für externe Kinderbetreuung wie in kaum einem anderen Land. Die Kitakosten würden viele Haushalte stark belasten, sagt Maximiliano Wepfer vom Verband Kibesuisse: «Das Budget für die Kinderbetreuung ist inzwischen so gross wie das Budget für Miete oder Krankenkasse, trotzdem wird es in der Öffentlichkeit immer noch zu wenig thematisiert.» Viele Eltern würden darauf verzichten, ihr Pensum zu erhöhen, weil die Betreuungskosten den Zusatzverdienst überträfen, so Wepfer. Die Statistik des Bundesamts für Sozialversicherungen zur finanziellen Situation zeigt, dass bei einem beträchtlichen Teil der Haushalte die finanzielle Situation angespannt ist. Je mehr Kinder in einem Haushalt leben, umso grösser ist das Risiko, unter die



«Das Kitafinanzierungssystem in der Waadt funktioniert gut»: Sandra Gurtner-Oesch ist Co-Geschäftsführerin des Vereins, der die Krippe «La Source» bei Vevey im Auftrag von Merck betreibt – für das Unternehmen ist die Kita ein gutes Argument im Ringen um Fachkräfte. Foto: Dom Smaz

Armutsgrenze zu fallen. Kinder, das sagen die Zahlen des Bundes, sind ein Armutsrisiko. Doch das darf nicht sein.

Deshalb erhöht die SP mit ihrer Kita-Initiative den Druck. Sie will, dass Eltern maximal 10 Prozent ihres Einkommens für die Kinderbetreuung bezahlen. Die Formulierung der Initiative erinnert an den Prämiendeckel für Krankenkassen, der nun zur Abstimmung kommt. Weil die Kita-Initiative laut Bund «Milliarden» kosten würde, hat der Nationalrat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. 700 Millionen Franken sollte er den Bund kosten – zu viel für bürgerliche Bildungspolitiker im Ständerat. Sie schlagen daher ein neues Modell vor.

Zu dieser Gruppe gehört auch der Mitte-Ständerat Beni Würth. Er findet – ganz Standesvertreter –, die Kinderbetreuung sei Sache der Kantone. Trotzdem will er schweizweite Vorgaben einführen, denn: «Eigentlich ist unbestritten, dass die Elterntarife in der Schweiz im internationalen Vergleich hoch sind. Und dass wir die Erziehungsberechtigten mit einer Betreuungszulage als Ergänzung zur etablierten Familienzulage entlasten wollen.» Diese neue

«Eigentlich ist unbestritten, dass die hiesigen Elterntarife im internationalen Vergleich hoch sind.»

Beni Würth
Ständerat (Mitte, SG)

Zulage sollen Arbeitgeber mitfinanzieren. Würths Argument: Wenn mehr Eltern ihre Pensen erhöhen könnten, fänden die Unternehmen leichter Fachkräfte.

Im Rahmen der Vernehmlassung haben Parteien, Kantone, Arbeitgeber und Verbände noch eine Woche Zeit, um sich zum Ständeratsvorschlag zu äussern. Um den öffentlichen Druck zu erhöhen, haben die SP-Frauen Private dazu aufgerufen, selbst Antworten einzureichen. Die Co-Präsidentin der SP-Frauen, Tamara Funicello, sitzt in der Wandelhalle im Bundeshaus und sagt: «Am Ende ist es uns eigentlich egal, ob die Arbeitgeber auch mitbezahlen.» Ziel sei eine Lösung, die «schnell bereit ist, mehrheitsfähig, genügend Kitaplätze sichert und die Eltern wirklich entlastet». Zudem müssten die Arbeitsbedingungen in den Kitas berücksichtigt werden. Das Problem des Ständeratsvorschlags sei, dass er nicht weit genug gehe. «Und wir glauben, die Chancen auf einen Erfolg sind grösser, wenn die Arbeitgeber einen Vorschlag nicht bekämpfen.»

Tatsächlich sträuben sich Firmen in der Deutschschweiz dagegen. Das zeigt eine Befragung, die der Arbeitgeberverband bei

seinen Mitgliedern durchgeführt hat. Das Resultat war ziemlich eindeutig, wie Chefökonom Simon Wey auf Anfrage sagt. Die Arbeitgeber lehnen eine Beteiligung an den Kitakosten ab. Wenn, dann sollen die Arbeitnehmenden ebenfalls einen Teil der Lohnbeiträge finanzieren. Allerdings drohten schon für die 13. AHV-Rente höhere Lohnabgaben, betont Wey. «Viel wichtiger ist daher, dass die Mehrheit der Arbeitgeber die Finanzierungsverantwortung beim Bund sieht.» Ein kleinerer Teil der Mitglieder finde, dass weder der Bund noch die Arbeitgeber zuständig seien – sondern vielmehr die Kantone.

In der Deutschschweiz ist die Erziehung Privatsache

Zum Waadtländer Modell sagt Wey: «Kantonale Lösungen sind etwas anderes, dort entstehen sie oft aus Kompromissen.» In der Waadt seien etwa die Firmensteuern gesenkt worden, um die Unternehmen zu entlasten. Grundsätzlich finden die Arbeitgeber, der Staat sei in der Pflicht. «Wenn die Eltern dank Kitas mehr arbeiten können, nehmen Kantone und Bund mehr Steuern

ein – daher sollen sie auch den Hauptteil der Kosten tragen.»

Den Röstigraben bei den Finanzierungsmodellen führt Kibesuisse-Sprecher Wepfer auf die Kultur der beiden Landesteile zurück: «In der Westschweiz wird die Erziehung der Kinder als ein Beitrag für die ganze Gesellschaft wahrgenommen, während sie in der Deutschschweiz eher als Privatsache gilt.» Die Verteilung der Finanzierungslast auf verschiedene Schultern habe dazu geführt, dass die Kosten in der Westschweiz zwar tiefer seien und mehr Familien ihre Kinder in die Kita schicken könnten. Dafür sei das Angebot knapper, und für einen Betreuungsplatz gebe es lange Wartezeiten.

Die Schwachstellen des Westschweizer Systems

Auch zwischen den Westschweizer Kantonen – manchmal gar von Gemeinde zu Gemeinde – gibt es grosse Unterschiede bei den Tarifen. Doch weil die Arbeitgeber per Gesetz verpflichtet sind, Lohnprozente für die Kinderbetreuung einzuzahlen, sinken die Kosten für Familien – und die öffentliche Hand muss weniger Mittel einschiessen. Die Beiträge der Unternehmen fliessen in staatliche Kitas, aber auch in private Betreuungsangebote wie jenes von Merck. Ein Drittel der Lohnkosten werden dort mit diesen Mitteln bezahlt. «In der Westschweiz ist dieses Finanzierungsmodell nicht umstritten», erklärt Marianne Zogmal vom Westschweizer Kita-Dachverband Pro Enfance. «Es herrscht Konsens darüber, dass die Kinderbetreuung eine Aufgabe aller ist.» Nur der Personalmangel bei den Kitas stehe einem weiteren Ausbau des Angebots derzeit im Weg. «Auch hier könnte der Bund mit einer Ausbildung unterstützend eingreifen», so Zogmal.

Zurück bei der Merck-Kita oberhalb von Vevey. Die Betreiberin Profawo wurde 1996 aus der Not geboren. Weil es viel zu wenig Kitaplätze gab, gründeten Banken und Versicherungen in Zürich den Verein. Heute sind 141 Firmen Mitglied. «Im Zentrum unserer Arbeit steht, wie die Angestellten möglichst entlastet werden können – damit sie unbesorgt arbeiten können», erklärt die Co-Geschäftsleiterin Gurtner-Oesch.

Davon profitiert etwa Isabelle Guerin, die für Merck arbeitet. Von ihrem Büro aus hat sie nur fünf Minuten bis zur Krippe, wo ihre Kinder im Alter von einem und vier Jahren vier Tage in der Woche verbringen. Für die beiden Plätze in der halb privaten Krippe zahlt sie total 2800 bis 2900 Franken pro Monat – trotz der finanziellen Beteiligung des Unternehmens und des Kantons. Die Beträge hängen vom Einkommen der Eltern ab.

Guerin ist trotzdem zufrieden: «Für uns war es die einzige Möglichkeit, einen Betreuungsplatz zu bekommen, da die Wartelisten in den öffentlichen Krippen viel zu lang waren.» Es zeigt aber auch eine Schwachstelle des Westschweizer Modells: Es entlastet zwar viele Eltern und den Kanton finanziell. Genügend Krippenplätze garantiert es aber nicht.